

Antworten der SPD-Landtagsfraktion auf die Fragen des Badischen Sportschützenverbandes 1862 e. V. zum Themenbereich Schießsport vor der Landtagswahl 2016

1. Wie positioniert sich Ihre Partei grundsätzlich zum Thema Schießsport in all seinen vielfältigen Disziplinen?

Schützenvereine haben eine lange und gute Tradition in Deutschland. Sie sind vielfach ein zentraler Bestandteil des Vereinslebens vor Ort und üben für viele Menschen in der Freizeit eine wichtige Funktion aus. Schießsport-Interessierte können dort unter fachkundiger Anleitung dem Schießsport nachgehen. Die grün-rote Landesregierung unterstützt die Schützenvereine und -verbände in Baden-Württemberg, wie die übrigen Sportverbände, im Rahmen des „Solidarpakts Sport“ mit Zuschüssen im Vereinssportstättenbau, bei den Übungsleiterzuschüssen, bei der Aus- und Fortbildung von Übungsleitern sowie bei der institutionellen Förderung der Fachverbände. Die grün-rote Landesregierung und dort die zuständigen Minister Dr. Nils Schmid (SPD) und Andreas Stoch (SPD) haben gemeinsam mit dem Landessportverband im Oktober vergangenen Jahres den Solidarpakt Sport bis 2021 verlängert und das Fördervolumen massiv um 87,5 Millionen Euro aufgestockt. Damit bekommen die Sportverbände wichtige Planungssicherheit. Davon profitieren auch die Schützenvereine und damit der Schießsport in Baden-Württemberg.

2. Sieht Ihre Partei die Heranführung der Jugend an den Sport als wichtiges Ziel in unserer Gesellschaft? Wie sieht das konkret für den Bereich Schießsport aus?

Wir begrüßen den Schießsport bei Jugendlichen, sofern dieser unter fachkundiger Anleitung im Rahmen der geltenden Vorschriften geübt und praktiziert wird. Bei der Änderung des Waffengesetzes 2009 wurde festgelegt, dass Jugendliche unter 18 Jahren im Schießsport nur mit Kleinkaliberwaffen schießen dürfen. Wir halten dies für sinnvoll, damit Jugendliche sich nicht an den Umgang mit Waffen gewöhnen und mit Waffen umzugehen lernen, mit denen typischerweise Kapitalverbrechen begangen werden.

3. Wie will und kann Ihre Partei insbesondere über die Medien diesem in anderen gesellschaftlichen Bereichen – zu Recht – beanstandeten Vorgehen einer Pauschalverurteilung entgegenwirken?

Es besteht die Möglichkeit, über die Medien und in persönlichen Gesprächen darüber aufzuklären, dass der Schießsport eine anerkannte Sportart ist, ja sogar eine olympische Disziplin. Der Schießsport erfordert Konzentration, technisches Geschick, Kraft und Ausdauer. Dies alles sind positive Elemente dieser Sportart. Gleichzeitig sollte in Diskussionen stets darauf hingewiesen werden, dass das deutsche Waffengesetz ein sehr strenges ist. Sicherheit ist auch für die Sportschützinnen und Sportschützen von enorm großer Bedeutung und genießt oberste Priorität. Die Einhaltung der Vorschriften wird von unseren Behörden sehr genau kontrolliert, was uns auch sehr wichtig ist.

GUTE ARBEIT. GUTES LEBEN. GUTES LAND.

LANDTAGS-
FRAKTION

BADEN-
WÜRTTEMBERG



SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 12 · 70173 Stuttgart
Telefon 0711 2063-719

www.spd.landtag-bw.de
www.facebook.com/spdlandtagbw
www.twitter.com/spdlandtagbw

Das Entgegenwirken gegenüber Pauschalverurteilungen ist eine gemeinsame Verantwortung, dieser wollen wir auch als Politik gerecht werden. Gleichzeitig begrüßen wir es selbstverständlich, dass die Sportschützenvereine helfen, Vorbehalte aufzuklären und mit gutem Vorbild vorangehen.

4. Sehen Sie eine Verschärfung des europäischen und / oder deutschen Waffenrechts für erforderlich an?

Wir sehen derzeit kein Erfordernis für eine Verschärfung des deutschen Waffenrechts. Die vorgelegten Vorschläge der Europäischen Kommission für eine Änderung der Feuerwaffenrichtlinie müssen sorgfältig geprüft und diskutiert werden. In erster Linie ist hier aber der Bund gefragt und nicht die Bundesländer.

5. Teilt Ihre Partei die Auffassung der Gewerkschaft der Polizei, dass nicht der legale, sondern der illegale Waffenbesitz ein Problem darstellt?

Der Waffenbesitz wird bundeseinheitlich durch ein Waffengesetz geregelt. Ziel des Gesetzes ist die Kontrolle des privaten Waffenbesitzes zum Zweck der inneren Sicherheit und die Bekämpfung des illegalen Waffenbesitzes und des Waffenhandels. Illegaler Waffenbesitz ist ein großes Problem, das konsequent geahndet werden muss. Zu Recht ist das Strafmaß für illegalen Waffenbesitz sehr hoch.

Legalen Waffenbesitz stellt von vornherein keine Gefahr für die Innere Sicherheit dar. Allerdings besteht auch hier die Möglichkeit, dass Waffen missbräuchlich benutzt werden. Auch legale Waffen können unbefugt oder unsachgemäß benutzt werden und somit für die Besitzerin und den Besitzer sowie andere sehr gefährlich werden. Deshalb ist es wichtig, Vorkehrungen zu schaffen, die dies verhindern.

6. Planen Sie in Baden Württemberg Initiativen zur Verschärfung der waffenrechtlichen Regelungen?

Wir planen derzeit keine Initiativen zur Verschärfung der waffenrechtlichen Regelungen. Dies kann sich selbstverständlich – insbesondere aufgrund von aktuellen Entwicklungen oder Ereignissen – ändern.

GUTE ARBEIT. GUTES LEBEN. GUTES LAND.

LANDTAGS-
FRAKTION

BADEN-
WÜRTTEMBERG



SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 12 · 70173 Stuttgart
Telefon 0711 2063-719

www.spd.landtag-bw.de
www.facebook.com/spdlandtagbw
www.twitter.com/spdlandtagbw